

Badische Zeitung vom Samstag, 10. November 2007

Kraske: Beim Bund und bei der Bahn ist Bewegung

Ausbau der Rheintalstrecke: BIBL-Vorsitzender war dieser Tage zu Gesprächen mit Bundestagsabgeordneten in Berlin

MAHLBERG (BZ). Von den Ergebnissen einer Berlin-Reise berichtete der Vorsitzende der "Bürgerinitiative gegen Bahnlärm Mahlberg" (BIBL), Dietmar Kraske, seinem Vorstand. Er hatte dieser Tage als Mitglied einer Delegation der "Interessengemeinschaft Bahnprotest an Ober- und Hochrhein" (IG Bohr) an einem Gespräch mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages teilgenommen.

Prominenteste Diskussionspartner von der Berliner politischen Bühne waren dabei Staatsminister Gernot Erler sowie die parlamentarischen Staatssekretäre Marion Caspers-Merk und Ulrich Kasparick. Ihnen hätten die BI-Vertreter den Primat der Politik bei den Entscheidungen zur Qualität der Schienenausbau-Maßnahmen am Oberrhein deutlich gemacht. In der Region seien mehr als 50 000 Menschen persönlich von den Plänen der Bahn betroffen, deshalb dürfe sich die Politik nicht hinter der Bahn AG und dem Eisenbahn-Bundesamt verstecken. Die Parlamentarier seien schließlich "Mandats- und Hoffnungsträger" für einen menschenverträglichen und umweltgerechten Bahnausbau am Oberrhein.

Für die IG Bohr hatte Adalbert Häge die von Kommunen und Bürgerinitiativen ausgearbeitete alternative Planvariante "Baden 21" vorgestellt, mit gedeckelter Tieflage im nördlichen Markgräflerland, Mittellage mit besonderem Schallschutz in der Breisgauer Bucht und Fortsetzung der autobahnparallelen Trassenlage von Riegel bis Offenburg mit einem Güterzugtunnel durch die Stadt. Die Mehrkosten dafür bezifferte Häge auf rund 700 Millionen Euro. Das sei günstiger als Folgekosten, die mit der bisherigen Bahn-Billiglösung den Kommunen und Bürgern zugemutet würden. Kraske bezeichnete die Diskussionen mit den Spitzenpolitikern als "lebhaft". Einigkeit wurde darüber erzielt, dass angestrebte Lärminderungen mit modernem rollenden Material erst in 20 bis 40 Jahren zu erwarten sind. Die Politiker räumten ein, dass die "Bahn-Schlagader Europas von Rotterdam nach Genua" mit ihrer Belastung von weit mehr als 100 000 Güterzügen pro Jahr Sondermaßnahmen rechtfertige. Verkehrs-Staatssekretär Kasparick bot der IG Bohr an, sie in weitere Gespräche mit einzubeziehen. Damit hat auch die Mahlberger BIBL nun einen direkten Draht nach Berlin.

Kraske zeigte sich verhalten optimistisch: "Es kommt Bewegung in die Sache, nun ist die Politik gefordert, vernünftige Trassen-Alternativplanungen nicht mit dem Totschlag-Argument zu hoher Kosten abzubügeln." Es gäbe Hoffnung: Im Frühjahr werde ein Spitzengespräch zwischen Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee und Baden-Württembergs Ministerpräsidenten Günter Oettinger stattfinden. Das Land

müsse sich, wie auch beim Großprojekt des Stuttgarter Hauptbahnhofes, finanziell an den Kosten einer vernünftigen Trassenführung beteiligen, so die Forderung der BI.